Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/1785

23. 07. 84

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Sondersitzung der Nordatlantischen Versammlung am 28. Mai 1984 in Luxemburg

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 25. bis 28. Mai 1984 in Luxemburg ab. Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Prof. Dr. Abelein (CDU/CSU), Leiter der Delegation
Abg. Biehle (CDU/CSU)
Abg. Francke (Hamburg) (CDU/CSU)
Abg. Gansel (SPD)
Abg. Horn (SPD)
Abg. Dr. Hupka (CDU/CSU)
Abg. Ibrügger (SPD)
Abg. Jungmann (SPD)
Abg. Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU)
Abg. Kolbow (SPD)
Abg. Petersen (CDU/CSU)
Abg. Reents (DIE GRÜNEN)
Abg. Frau Simonis (SPD)
Abg. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Dr. von Wartenberg CDU/CSU)
Abg. Weiß (CDU/CSU)

Bundesrat:

Frau Minister Griesinger (CDU) (Baden-Württemberg)
Staatsminister Schmidhuber (CSU) (Bayern)
Senator Kröning (SPD) (Bremen)

Am 28. Mai 1984 fand eine Sondersitzung mit Aussprache über das Thema **„Die Aussichten der zukünftigen Ost-West-Beziehungen"** statt.

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, **Sir Patrick Wall** (Vereinigtes Königreich), hob in seiner Eröffnungsrede die Anwesenheit offizieller Delegationen der Bündnisländer Italien und Türkei hervor. Während die Teilnehmer der türkischen Delegation als Zeichen neuer politischer Stabilität und sich festigender demokratischer Institutionen anzusehen seien, repräsentiere die italienische Delegation nunmehr das volle Spektrum der politischen Parteien des Landes.

Pierre Werner, Staatsminister und Präsident der luxemburgischen Regierung, sprach einleitend zum Thema der Ost-West-Beziehungen. Er erinnerte an die 1983 gescheiterten Hoffnungen auf ein Übereinkommen zum Abbau der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa — ein Ziel, für das sich auch zahlreiche Demonstranten eingesetzt hätten. Die UdSSR habe die ihr durch den NATO-Doppelbeschluß eingeräumte Bedenkzeit von vier Jahren in intransigenter Haltung am Verhandlungstisch verstreichen lassen und auf diese Weise die im Doppelbeschluß festgelegte Alternative des Stationierungsbeginns von Pershing II und Marschflugkörpern herbeigeführt. Die Regierungen des Bündnisses seien in dieser Ausführung des Doppelbeschlusses durch die Entschließung 148 der Nordatlantischen Versammlung unterstützt worden. Die sowjetische Argumentation, daß SS-20 und Pershing II wesentlich unterschiedliche Waffen darstellten, weil letztere sowjetisches Territorium erreichten, während die SS-20 „lediglich" Westeuropa bedrohten, zeige deutlich den Anspruch der UdSSR auf ein größeres Maß an Sicherheit, als sie den westeuropäischen Ländern zugestehe. Dies aber sei nicht akzeptabel. Obwohl die Sowjetunion mit der Auf-

stellung neuer Raketen der Typen SS-21, -22 und -23 begonnen habe, hielten sich die USA für die Wiederaufnahme der INF- und START-Gespräche ohne Vorbedingung bereit. Das Bündnis strebe unbeirrt die Verbesserung der Beziehungen im Ost-West-Verhältnis an, trotz negativer Reaktionen der UdSSR auf die jüngsten westlichen MBFR-Vorschläge und den Vorschlag über die Abschaffung chemischer Waffen. Diese seine gesprächsbereite Haltung habe der Westen verbindlich in der Brüsseler Erklärung vom 9. Dezember 1983 dargetan und durch die persönliche Teilnahme der Außenminister an der Eröffnung der Stockholmer Konferenz für Abrüstung in Europa im Januar 1984 unterstrichen. Regierungschefs der Bündnisländer bemühten sich, dem neuen Generalsekretär der sowjetischen kommunistischen Partei klarzumachen, daß das Nordatlantische Bündnis weder militärische Überlegenheit anstrebe noch den Zusammenbruch des politischen oder wirtschaftlichen Systems der Warschauer Pakt-Staaten betreibe. Allerdings könne der Westen den Aufbau militärischer Überlegenheit und das weltweite Schüren von Konflikten im Windschatten der Entspannung nicht tolerieren. Die kommunistischen Länder schüfen selbst das Klima der internationalen Beziehungen. In allen Abrüstungsverhandlungen, sei es in Stockholm, Wien oder Genf, gehe es im Grunde darum, daß die Sowjetunion ausreichenden Verifikationsverfahren zustimme.

Im übrigen dürften sich die Ost-West-Beziehungen nicht nur auf Abrüstungsangelegenheiten und Regierungskontakte beschränken. Wirtschaftlicher Austausch, kulturelle und persönliche Kontakte seien ebenfalls von großer Bedeutung, und das internationale Klima könne nur verbessert werden, wenn Lösungen für die humanitären Probleme gefunden sowie alle Verpflichtungen und Aufgaben aus der Schlußakte von Helsinki und dem Abschlußdokument von Madrid in die Tat umgesetzt würden.

Präsident Werner schloß mit der Feststellung, das Nordatlantische Bündnis zeige trotz einzelner Meinungsverschiedenheiten unter seinen Bündnispartnern in den Grundfragen Einigkeit und Festigkeit und habe sich in den fünfunddreißig Jahren seines Bestehens als überaus erfolgreich erwiesen.

Abg. **George** (Vereinigtes Königreich), Berichterstatter des Politischen Ausschusses, nannte es ein Paradox, daß die Sowjetunion trotz intensiver Spionagetätigkeit und angesichts des offenen Charakters der westlichen Gesellschaften das Nordatlantische Bündnis falsch einschätze. Dies sei keine gute Voraussetzung für die Ost-West-Beziehungen. Er sprach sich für die Zusammenlegung der INF- und START-Verhandlungen aus und meinte, die Erfahrungen der siebziger Jahre müßten das Bündnis davon überzeugt haben, daß Waffenkontrollverhandlungen nicht Ersatz für, sondern Ergänzungen zu Entspannungsbemühungen darstellen können. Er unterstrich die wichtige Rolle der Nichtsupermächte bei der Aufrechterhaltung des Dialogs.

Abg. **Mosar** (Luxemburg) erklärte, der Westen müsse zwar seine Verhandlungsbereitschaft zeigen, jedoch sei das sowjetische Streben nach militärischer Überlegenheit nicht zu übersehen, wenn Moskau in den INF-Gesprächen bei einem Vorsprung von 569 nuklearen Sprengköpfen von notwendigen neuen Gegenmaßnahmen rede.

Senator **Mathias** (USA) hob hervor, bei den Ost-West-Beziehungen käme es nicht nur auf Tatsachen an, sondern auch auf die Ansichten hierüber. In Europa habe er erfahren, viele junge Leute betrachteten die USA nicht länger als Bastion der Freiheit und Garant des Friedens. Hier werde die Ost-West Auseinandersetzung in einen West-West-Gegensatz gewendet. Er hoffe, daß diese jungen Leute eine unterstellte Haltung der USA den harten Tatsachen der sowjetischen Invasion in Afghanistan und der brutalen Unterdrückung der Menschenrechte in Polen gegenüberstellen würden. Zu den Tatsachen der Ost-West-Beziehungen gehörte auch die Schwierigkeit, verantwortliche Führer als Verhandlungspartner zu finden. Überalterung und Krankheit beraubten die UdSSR einer echten Führung und innere Schwäche führe allzuleicht in außenpolitische Abenteuer und Gefahren. Das Bündnis müsse sich ebensosehr um inneren Konsens wie um den Dialog mit dem Warschauer Pakt bemühen. Er befürworte die Ratifizierung von Abkommen über ein Testverbot und über die friedliche Nutzung der Kernkraft.

Abg. **Prof. Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) unterstrich die fortwährende Bedeutung des Harmel-Berichts als Grundlage der Sicherheitspolitik. Es heiße in diesem Bericht, daß sich die NATO nach wie vor auf gemeinsame Werte stütze und daß sie bereit sei, diese Werte zu verteidigen. Sie müsse sich darum bemühen, die Beziehungen mit der Sowjetunion zu verbessern; dieser Satz gelte nach wie vor; er sei ein Teil des Doppelbeschlusses, der ja während der sogenannten Entspannungsperiode erforderlich geworden sei, als die Sowjetunion ihre ungeheuren militärischen Streitkräfte weiter ausgebaut habe. Auf der Grundlage des Doppelbeschlusses seien die Bündnispartner bereit, alles zu tun, um die gemeinsamen Werte zu verteidigen. Gleichzeitig könnten die Beziehungen mit der Sowjetunion verbessert und könne mit der Abrüstung begonnen werden. Ein Land, das ohne Gefahr für den Aggressor erpreßt werden könne, vermöge keine friedenserhaltende Rolle mehr in den internationalen Beziehungen spielen.

Prof. Dr. Abelein gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die türkische Delegation in die Versammlung zurückgekehrt sei. Der Türkei werde immer wieder vorgeworfen, sie sei noch keine echte Demokratie. Möglicherweise entspreche sie noch nicht dem Westminster-Modell der reinen Demokratie, aber die Türkei sei auf dem richtigen Weg zur Demokratie, die ja ein langer und nie endender Prozeß sei. Er ermutigte die türkischen Kollegen, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa seien sich nicht immer einig. Dies sei innerhalb des westlichen Bündnisses ganz normal. Die USA und die westlichen Länder seien ohne jeden Zweifel Freunde trotz einiger Meinungsverschiedenheiten.

Äquidistanz zwischen Washington und Moskau könne keine Lösung für Europa darstellen. Die Demokratie in Europa sei nur möglich, weil eine der Supermächte für die demokratischen Ideale eintrete. Deshalb sei ihre Präsenz in Europa, sowohl mit Soldaten wie auch mit modernen Waffen erforderlich. Es bestehe nicht unbedingt Übereinstimmung darüber, wie weit die Rolle der Europäer in der NATO gehen sollte. Die Frage der Lastenverteilung innerhalb der NATO sei nicht neu.

Schon vor 20 Jahren habe Präsident Kennedy die Europäer aufgefordert, sich zur europäischen Säule der NATO zu entwickeln. Der Artikel Kissingers in „Time" erinnere an diese Aufforderung. Die Europäer sähen aber immer deutlicher, daß die Sicherheit eine umfassende Frage geworden sei, und deshalb werde sich die Versammlung in der Zukunft mit einer neuen Verteilung der Lasten befassen müssen. Es müsse eine neue und gerechte Grundlage für die Verteilung der Aufgaben im Hinblick auf die Solidarität der Bündnispartner gefunden werden. Eine Alternative zur NATO gebe es nicht.

Abg. **Hopkins** (Kanada) sagte, im Ost-West-Verhältnis habe die Existenz von Atomwaffen seit nahezu vierzig Jahren den Frieden bewahrt. Abrüstungsgespräche seien langwierige Prozesse. Kein Abkommen sei auf diesem Gebiet besser als ein schlechtes Abkommen. Da die Supermächte nicht in der Lage seien, Initiativen zu ergreifen, fiele den mittleren und kleineren Bündnispartnern erhöhte Verantwortung zu.

Abg. **Medina** (Spanien) erklärte, in den letzten Jahren habe die internationale Spannung zugenommen. Das Atlantische Bündnis müsse dabei im Auge behalten, daß die Ursachen der Konflikte im Golfgebiet, in Südafrika, in West-Sahara und Zentralamerika in lokalen Zuständen lägen. Die Fähigkeit regionaler Organisationen wie der Arabischen Liga und der OAU zur Lösung lokaler Streitigkeiten dürfe nicht unterschätzt werden. Sodann verlas er eine Erklärung der Sozialistischen Gruppe der NAV, in der an die Forderung des Artikels 2 des NATO Vertrags, in den Mitgliedstaaten die Freiheit zu garantieren, erinnert wird. Diese Forderung werde in mehreren Punkten in der Türkei weiterhin nicht erfüllt, obwohl ein Demokratisierungsprozeß eingesetzt habe.

Abg. **Napolitano** (Italien) legte Wert auf die Feststellung, daß er als (kommunistisches) Mitglied der Versammlung die Erklärung der Sozialistischen Gruppe voll unterstütze. Er empfahl, die NATO solle der abwartenden Haltung der UdSSR nicht mit der gleichen Haltung begegnen. Verhandlungsvorschläge bedeuteten noch keine Konzessionen. Konzessionen wiederum müßten nicht militärische Zugeständnisse sein, sondern sie könnten auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet liegen, in der Absicht, aufgeschlossenere Mitglieder des Warschauer Paktes zu ermutigen. In das Sicherheitsdenken des Bündnisses müßten neben dem Ost-West-Verhältnis auch Aspekte der Nord-Süd-Beziehungen einbezogen werden.

Senator **Falucchi** (Italien) sah in der Anwesenheit seines kommunistischen Kollegen einen Beweis westlicher Demokratie und Freiheit. Für die sowjetische Aufrüstung gebe es keine Notwendigkeit; auch komme der Dislozierung der SS-20 mehr politische als militärische Bedeutung zu.

Den Tiefstand der Ost-West-Beziehungen führte Abg. **Zervos** (Griechenland) auf Schwierigkeiten in den Rüstungskontrollverhandlungen, insbesondere bei den INF-Gesprächen zurück. Er bedauerte, daß dem griechischen Anraten zur Verschiebung der INF Stationierung nicht gefolgt wurde. Angesichts der schlechten Ost-West-Beziehungen müßten alle Länder an einem spannungsvermindernden Dialog beteiligt werden.

Abg. **Julien** (Frankreich) sah dagegen in der INF-Stationierung die Bekräftigung einer glaubwürdigen, gesunden Bündnispolitik. Auch Abg. **Bouvard** (Frankreich) unterstrich diese Bewertung. Mit der Billigung der US Politik in Zentralamerika verband er eine scharfe Verurteilung der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Von den zweiten europäischen Wahlen erhoffte er Fortschritte in Richtung eines föderalen Europas, das sich zur zweiten Säule des Bündnisses entwickeln könne. Gegründet auf französisch-deutscher Zusammenarbeit vermöge ein starkes und demokratisches Europa der östlichen Bedrohung zu widerstehen.

Abg. **Ilter** (Türkei) wies auf das militärische Ungleichgewicht zwischen Zentral- und Südeuropa hin, das vor allem wirtschaftliche Gründe habe. Die Türkei müsse zu Lasten wichtiger wirtschaftlicher Belange ein Drittel ihres Haushalts für die NATO aufwenden. Der Demokratisierungsprozeß in seinem Lande sei begleitet von Verteidigungsmaßnahmen der Demokratie gegen den Terrorismus. In dieser Lage brauche sein Land Verständnis und Unterstützung seitens der Bündnispartner.

Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) bezeichnete das Problem des Ost-West-Technologietransfers als einen der wichtigen Punkte in den Debatten über die Ost-West-Beziehungen. Im Ausschuß für Wissenschaft und Technik habe es eine ausgezeichnete Diskussion über den Transfer westlicher Technologie in den Ostblock gegeben. Auch über den Technologietransfer zwischen den westlichen Nationen sei gesprochen worden. Die Koordinierung der Bemühungen um eine Kontrolle des Ost-West-Technologietransfers sei für das Bündnis von größter Bedeutung. Alle Bündnisstaaten seien besorgt über die enormen Anstrengungen, die die Sowjetunion unternehme, um in den Besitz westlicher Technologie zu gelangen. Die Bündnisstaaten stimmten darin überein, daß hier ein echtes Problem vorliege und daß sie daher alles unternehmen müßten, um die Sowjetunion daran zu hindern, Technologien für ihre Aufrüstung zu erwerben. Die Bündnisstaaten hätten jedoch Schwierigkeiten, sich auf diejenigen Technologiearten zu einigen, deren Transfer einzuschränken ist. Aufgrund dieser Uneinigkeit sei der Technologiefluß zwischen den Bündnisstaaten selbst eingeschränkt worden. Dies schaffe eine kritische Lage. Sicher müßten die

Bündnisstaaten ihre Meinung zu einigen Fragen ändern.

Die technologische Zusammenarbeit sei erschwert, wo doch jeder wisse, daß eine verstärkte Zusammenarbeit nötig sei. Die Bündnisstaaten müßten im Bereich der neuen Technologien zusammenarbeiten, um die Möglichkeiten, die diese für die Verteidigung und die Industrie bieten, auszunutzen. Einer solchen Zusammenarbeit stünden jedoch Hindernisse entgegen, und diese Hindernisse seien auf den Streit über den Ost-West-Technologietransfer zurückzuführen. Es stelle sich die Frage, wie man diese Hindernisse beseitigen könne.

Ein uneingeschränkter Technologieaustausch innerhalb des Bündnisses sei nur durch eine gemeinsame Bündnispolitik in bezug auf die Technologieexporte in Länder außerhalb des Bündnisses zu erreichen. Die Verwirklichung dieser gemeinsamen Exportpolitik hänge von der Einsicht der Bündnisstaaten ab, daß ihnen viele Möglichkeiten entgehen, weil ein vollständiger Technologieaustausch zwischen ihnen nicht stattfindet. Wenn das von allen eingesehen werde, dann müsse man auch einsehen, daß es sich lohne, für einen Kompromiß Opfer zu bringen. Das Hauptproblem in bezug auf den Ost-West-Technologietransfer liege darin, daß man sich nicht einig sei, wo die Grenze zwischen militärischer und nichtmilitärischer Technologie zu ziehen sei. Es sei vor allem wichtig, diese Grenze zu ziehen; aber es sei nicht so wichtig, wo sie gezogen werde. Sobald eine Einigung über den Ost-West-Technologietransfer zustande gekommen sei, könne auch der West-West-Technologietransfer ungehindert stattfinden. Wenn die Bündnisstaaten erst entschieden hätten, wo die Grenze liegt, könnten sie die neuen Technologien voll nutzen. Diese Erkenntnis könne dazu führen, daß man leichter zu einer Einigung findet. Alle wüßten, daß der Ost-West-Technologietransfer das Bündnis Geld koste, weil es den NATO-Staaten dadurch erschwert würde, ihre führende Rolle auf dem Technologiesektor beizubehalten. Aber auch der unzulängliche West-West-Technologietransfer erschwere die Wahrung der technologischen Führungsposition. Kosten würden außerdem dadurch entstehen, daß das Bündnis doppelte Forschungsanstrengungen unternehmen müsse, daß es seine technologischen Ressourcen verschwende und sich um seine technologischen Möglichkeiten bringe. Sofern man sich nicht auf eine gemeinsame Politik in bezug auf den Ost-West-Technologietransfer einigen könne, bleibe diese Lage bestehen. Die Bündnisstaaten müßten die Lage ändern, und sie könnten sie ändern.

Auch Abg. **Lefebvre** (Kanada) nahm zu den Ost-West-Beziehungen aus der Sicht des Ausschusses für Wissenschaft und Technik Stellung. Die amerikanischen und sowjetischen Forschungen über Antisatellitenwaffen und Abwehrsysteme gegen ballistische Flugkörper hätten tiefgreifende Bedeutung für das Bündnis. Wenn beide Großmächte in großem Ausmaß über diese Waffen verfügten, würde die Grundlage der Ost-West-Beziehungen dadurch untergraben. Deshalb müßten sofort Verhandlungen über diese Waffensysteme beginnen, die zwar nicht völlig verboten werden könnten, deren Entwicklungswettlauf jedoch Regeln unterworfen werden könne. Er begrüße beispielsweise den Vorschlag eines Teststopps für Antisatellitenwaffen in großen Höhen. Tests könnten verifiziert werden, während eine Verifizierung der bloßen Existenz der Waffen später nicht mehr möglich sei.

Senator **Roth** (USA) sah die Fähigkeit der NATO, ihre Aufgabe auch in Zukunft zu erfüllen, gefährdet. Ihre sogenannte flexible Verteidigung habe an Flexibilität verloren. Nach Aussage von General Rogers habe die gegenwärtige Politik frühzeitigen Einsatz von Nuklearwaffen im Falle eines konventionellen Angriffs zur Folge. Dem könne nur durch Stärkung der konventionellen Verteidigung begegnet werden, was zwar teuer, aber absolut notwendig sei. Falls die europäischen Partner ihre Verteidigungsausgaben in den kommenden fünf Jahren nicht steigern könnten, werde das Bündnis in ernste Schwierigkeiten geraten. Stimmen in den USA, die einen höheren Beitrag der Europäer im Bündnis forderten, könnten nicht mehr zum Schweigen gebracht werden. Hinzu komme ein Anwachsen isolationistischer Strömungen in den USA. Die wirtschaftliche Stärke Westeuropas komme derjenigen der USA gleich und ermögliche durchaus einen höheren Verteidigungsbeitrag. Auf dem Gebiet der Rüstungszusammenarbeit sollten gemeinsame Schritte in Angriff genommen werden.

Der **Präsident** würdigte die vieljährige Mitgliedschaft von Frau Minister Griesinger in der Nordatlantischen Versammlung, als er ihr zum letzten Mal das Wort erteilte.

Frau Minister Griesinger (Bundesrepublik Deutschland): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst danke ich Ihnen, verehrter, lieber Herr Präsident, für Ihre freundlichen Worte. Ich habe immer gerne an den Sitzungen der Versammlung teilgenommen.

Meine Damen und Herren, 35 Jahre NATO heißt für uns zunächst Frieden in Freiheit. Das ist ein Zwillingspaar; denn ohne Frieden haben wir keine Freiheit und ohne Freiheit gibt es nicht den Frieden, den wir uns für unsere Kinder und Enkelkinder wünschen.

Zweitens heißt 35 Jahre NATO aber auch, daß eine Weiterentwicklung unserer demokratischen Staaten in einer fairen Zusammenarbeit über offene Grenzen hinweg stattfinden kann. Für uns ist dies fast schon zu selbstverständlich geworden. Wir merken das gerade auch in Europa im Blick auf die Europäischen Wahlen. Zum zweiten Mal dürfen wir ein freies Europäisches Parlament wählen, aber wir befürchten, daß die Wahlbeteiligung aus dem Verwöhntsein heraus gar nicht so groß werden wird. Diese demokratischen Staatsformen sind in vielen Teilen der Welt nicht selbstverständlich. Dort erleben wir das Flüchtlingselend, den Krieg, die Diktatur in erschreckender Weise. Anstatt Kriegsherde zu löschen, werden immer neue Kriegsherde entzündet, die gefährlich eskalieren.

Je unruhiger die Welt um uns herum wird, um so wichtiger ist es, daß die freien Staaten der Welt zusammenstehen und ihren Friedenswillen verdeutlichen, indem sie gemeinsam den Frieden in Freiheit zu sichern bereit sind. Ich habe sehr wohl gehört, was mein Vorredner zu Recht sagte. Wir Europäer müssen in der Tat unsere Stärke einsetzen und sichtbar machen, daß uns der Frieden in Freiheit sehr wichtig ist und bleibt. Ein türkisches Sprichwort sagt, liebe Freunde aus der Türkei: „Ein Schaf schloß mit dem Wolf Frieden. Seit diesem Tag ward es nirgendwo mehr gesehen." Der Friedenswille kann nur ansteckend wirken, wenn wir in der gegenseitigen Hilfe untereinander glaubhaft bleiben und die Hilfe gegenüber den Ländern der Dritten Welt eine faire Hilfe zur Selbsthilfe ist und nicht eine Überstülpungspolitik wird, wie wir es so oft erleben müssen.

Lassen Sie mich ein ganz besonderes Dankwort heute an unsere amerikanischen Freunde sagen. Wir im freien Teil Deutschlands haben ein ermutigendes Beispiel solch einer Hilfe zur Selbsthilfe erlebt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Präsident Truman — dessen 100. Geburtstags wir in diesen Tagen gedenken — den Mut, den Marshall-Plan als Hilfe zur Selbsthilfe für Europa und Deutschland zu ermöglichen. Er schuf auch die Friedensbrücke, nämlich die Luftbrücke nach Berlin. Wir wissen nicht, wie es sonst gegangen wäre, wenn wir diese Hilfe in schwieriger Zeit nicht erhalten hätten.

Ich denke in diesem Zusammenhang auch an die europäischen Politiker der ersten Stunde, die sich nach zwei schrecklichen Kriegen über die Grenzen hinweg die Hand reichten und den Europarat und die Europäische Gemeinschaft schufen. Ich denke an die deutsch-französische Freundschaft. Sie ist gar keine Selbstverständlichkeit, sondern sie ist die beste Friedensbewegung, die wir in den vergangenen Jahrzehnten haben erleben dürfen.

All das ist nur möglich geworden auf dem Boden der Demokratie. Die Demokratie kann aber nur dann und so lange lebendig bleiben, solange mittelständische Strukturen möglich sind und ausgebaut werden können. Demokratien können sich nicht entwickeln, wenn Verhältnisse herrschen wie in der Sowjetunion und in Osteuropa und in vielen Teilen der Welt.

Deshalb wird uns bei der Auseinandersetzung zwischen den politischen Strategien, zwischen Ost und West nicht nur das Problem des militärischen Gleichgewichts und die gemeinsame Abrüstung beschäftigen dürfen, so wichtig sie sind. Es geht vor allem um die Frage, wie die Strukturen im Jahre 2000 aussehen müssen, wie wir uns die Vielfalt der Meinungen im politischen und öffentlichen Leben erhalten, die Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten in Klein-, Mittel- und Großbetrieben, in der Wirtschaft und in der Landwirtschaft. Die Vielfalt der menschlichen Entfaltung in Bildung und Kunst muß erhalten werden, und auch die Vielfalt unserer herrlichen Natur. Jeder Bürger muß bereit sein, das Seine auf diesem Gebiet zu tun. Alle Menschen müssen die Natur pflegen und schützen und nicht nur fordern, daß dies geschieht.

All dies werden wir uns nur erhalten können und damit ansteckend wirken, wenn wir dabei menschlicher miteinander umgehen. Wir müssen das Gespräch offener miteinander wagen, und dazu gehört auch der Austausch der Gedanken zwischen Ost und West. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir unterschiedliche Gesellschaftsformen haben und sie nicht von heute auf morgen verändern können. Aber auch innerhalb unserer eigenen Reihen ist die unterschiedliche Geschichte und geographische Lage zu beachten; sie führen zu unterschiedlichen Lösungen, die wir zu respektieren haben. Nur in dieser Vielfalt werden wir die Einheit finden; denn sonst wird es keine Einheit werden, die auf Dauer Bestand hat.

Wir brauchen dabei als Vertreter der freien Völker ein heißes Herz und einen kühlen Kopf. In den Jahren, in denen ich mit der Nordatlantischen Versammlung verbunden war, habe ich die Offenheit der Aussprache immer als sehr beglückend empfunden. Möge sie ansteckend wirken für alle nach uns Kommenden! Ich wünsche Ihrer Arbeit, liebe Freunde, daß der Friede in Freiheit für Sie und Ihre Kinder und Einkelkinder erhalten und gefestigt wird.

Abg. **Koutsikas** (Griechenland) wandte sich gegen die vorschnelle Betrachtung von internationalen Konflikten als Ausdruck des Verhältnisses zwischen den beiden Supermächten. Er kritisierte die Aufstellung amerikanischer Raketen in Westeuropa als Gefahr eines Atomkrieges. Griechenland habe aus seiner Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk und der Welt heraus die Dislozierung von US-Raketen untersagt und ein Abkommen über die Entfernung der militärischen US-Stützpunkte auf seinem Gebiet geschlossen. Trotz gegensätzlicher Ideologien müßten die Supermächte anerkennen, daß der Mensch den Mittelpunkt der Politik bilde.

Einen langfristig günstigen Trend für die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses sah Abg. **Lord Mayhew** (Vereinigtes Königreich) in dem ständigen Verfall der Attraktivität des sowjetischen Kommunismus. Im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten habe sich das Hauptanliegen der sowjetischen Führung von ideologischen Zielen auf solche der eigenen Sicherheit verlagert. Daraus sei für den Westen zu schlußfolgern, daß der Friede durch Erhalten des militärischen Gleichgewichts zu sichern sei und im übrigen die Zeit nicht für die Sowjets arbeite. Wenn die NATO auf Zeitgewinn und mit kühler Überlegung spiele, werde sich die sowjetische Bedrohung von selbst vermindern. Versuche, die Sowjetunion jetzt in die Enge zu treiben, würden lediglich die Gefahr eines Nuklearkrieges erhöhen.

Abg. **Gansel** (Bundesrepublik Deutschland) erklärte, mit dem Stationierungsbeginn der Pershing II-Raketen und der Marschflugkörper habe sich der Doppelbeschluß der NATO zu einem einseitigen Beschluß gewandelt. Hierin sähen manche eine Niederlage der Sowjetunion. Auf jeden Fall handele es sich nicht um einen Sieg der NATO, sondern um ein Versagen des Ideals der Rüstungskontrolle und um einen Sieg der Maschinerie, die Waffen erzeuge und

stationiere. Für die Stationierung der Nuklearkurzstreckenraketen auf dem Boden der DDR gelte das ganz besonders. Die meisten Bewohner Mitteleuropas fühlten sich weniger sicher. Das sei auch einer der Gründe, weshalb die öffentliche Diskussion über die Strategie der NATO erst jetzt in Gang gekommen sei. Er sei überzeugt, daß diese Diskussion die liberalen und konservativen Parteien auch noch erreichen werde; sie habe in den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien bereits angefangen. Mit Sicherheit werde die Debatte über die Strategie nicht länger ein Privileg der Experten sein. Die Demokratisierung der Strategiediskussion sei eine Chance und nicht eine Gefahr; denn eine Abschreckung sei nur dann glaubwürdig, wenn ihre Grundlage von 60 oder 70 % der Bevölkerung mitgetragen und nicht nur von einer parlamentarischen Mehrheit von 51 % durchgesetzt werde. Der Redner erinnerte an die entsprechende Entschließung des SPD-Parteitages vor wenigen Tagen, in der auch gesagt werde, daß die Bundesrepublik Deutschland politisch und militärisch integrierender Bestandteil der NATO bleibe. In keiner Partei Westeuropas könne eine solche Entschließung, wie sie der SPD-Parteitag verabschiedet habe, mit 400 Stimmen gegen 12 bei 12 Enthaltungen gefaßt werden.

Es gebe besondere Sicherheitsinteressen in Westeuropa. Die amerikanischen Freunde müßten verstehen, daß die Bundesrepublik Deutschland als erstes Land dem Risiko des Versagens der Abschreckung ausgesetzt sei. Dies gelte auch für das Risiko eines konventionellen Krieges, eines chemischen Krieges und das Risiko des Erstschlages mit nuklearen Gefechtsfeld- und Mittelstreckenraketen. Die Bundesrepublik Deutschland könne nicht auch noch das zusätzliche Risiko einer horizontalen Eskalation tragen.

Letzteres sei tatsächlich ein Risiko, ob es nun als eine Theorie der Sowjetunion über die Vereinigten Staaten bestehe oder nicht — denn die Waffen seien disloziert. Aus diesem Grunde sei besondere Vorsicht am Platze, was die sogenannten Bedrohungen der Sicherheit außerhalb des Bündnisgebietes anlange. Die meisten dieser Bedrohungen der Sicherheit hätten nichts mit den Ost-West-Beziehungen zu tun, sondern hätten soziale, wirtschaftliche und ethnische Gründe, die in ihrer Region lägen. Es bestehe die Gefahr, daß sie sich durch Interventionen in Gegenstände der Ost-West-Auseinandersetzung verwandelten und zu Elementen horizontaler Eskalation würden. Aus diesem Grunde sollte die Lage im Golf nicht ein Thema für Experten in militärischen Interventionen, sondern für Experten des Ost-West-Dialogs werden; denn die Interessen des Ostens und des Westens im Mittleren Osten seien nicht derartig verschieden und antagonistisch, daß darüber kein Dialog geführt werden könnte. Dies sei auch sehr wichtig für die Glaubwürdigkeit des Westens; denn seine Karten seien sehr schlecht, wenn er mit der Verletzung internationalen Rechts etwa im Falle der Schließung der Straße von Hormuz durch iranische Minen oder irakische Luftangriffe argumentieren wolle angesichts der Verwicklung der amerikanischen Regierung und des CIA in die Verminung nicaraguanischer Häfen. Vielmehr müsse die Chance zu einem Neubeginn des Ost-West-Dialogs ergriffen werden. Zeitungsmeldungen erweckten sogar den Eindruck, als sei es bereits zu spät, darüber noch in der Versammlung zu diskutieren. Wahrscheinlich müßten bereits Maßnahmen ergriffen werden, natürlich nicht militärische, sondern diplomatische Aktionen mit dem Ziel, für gar nicht so unterschiedliche Interessen zur Verständigung und zu einem Kompromiß zu gelangen.

Abg. Frau **Appolloni** (Kanada) wies darauf hin, daß die große Arbeitslosigkeit unter der Jugend im Westen den Willen zur Verteidigung der Demokratie und der Freiheit schwäche und somit einen Einfluß auf die Ost-West-Beziehungen habe.

Abg. **Sir Julian Ridsdale** (Vereinigtes Königreich) hob abschließend einige Leitgedanken aus der Debatte hervor: Wahre Entspannung könne der Westen nur bei steter Wachsamkeit erzielen. Das Bündnis dürfe nicht nur in atlantischen Begriffen denken, sondern müsse die Ost-West-Beziehungen in globalem Kontext sehen. In der Frage der Lastenteilung im Bündnis müßten die Europäer das wachsende Gewicht pazifischer Interessen der USA klar erkennen; unter diesem Gesichtspunkt erscheine das Bekenntnis der USA zu ihren Verpflichtungen in Europa in einem günstigeren Licht. Gegenüber optimistischen Folgerungen aus dem ideologischen Bankrott des Sowjetkommunismus verwies er auf die wachsende Bedrohung seitens der sowjetischen Seestreitkräfte. Der Unterstützung eines französischen Redners für die Mittelamerikapolitik der USA pflichte er bei. Im Hinblick auf den Ost-West-Dialog seien Fortschritte nur im Kontext eines Machtgleichgewichts zu erwarten.

Die Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung wird vom 12. bis 16. November 1984 in Brüssel stattfinden.

Bonn, den 31. Juli 1984

Prof. Dr. Manfred Abelein

Leiter der Delegation

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333